

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brühl'schen
Universitäts-Buch- und Stein-druckerei.
H. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-
straße 7. Expedition und Verlag: 56. 51.
Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

Hessische Zweite Kammer.

im Darmstadt, 6. März.

Im Regierungsbüro: Staatsminister Dr. v. Gumboldt, Finanzminister Dr. Braun, Staatsrat Dr. Bräuer, Vorsteher Präsident Köhler eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Das Haus ist nur schwach besetzt. Die

Einzelberatung über den Staatsvoranschlag

wird fortgesetzt bei den Kapiteln 7 a, 8 und 9: Saline, Badeanstalt und Tiefbauamt Bad-Krausheim.

Abg. Damm (Fr. Sp.) legt dar, daß die Theaterverhältnisse in Bad-Krausheim gänzlich unzulänglich seien. Die allgemein anerkannte Kurmittel müsse auch auf der jetzigen Höhe erhalten bleiben. Abg. Busold (Soz.) befragt die Verhältnisse auf dem Forsthaus Winterstein, und unterrichtet die im Voranschlag verlangte Forderung für die Anlage einer Wasserleitung. Die ganzen Zustände auf dem Forsthaus stehen viel zu wünschen übrig.

Abg. Joub (Libd.) rügt einige Mängel in der Kurverwaltung von Bad-Krausheim.

Abg. Dorich (Libd.) wünscht, daß zu den Kurkonzerten in Bad-Krausheim den Anwesen des landwärtlichen Erholungsheim freier Zutritt gewährt werden möge.

Abg. Breidenbach (Libd.) regt an, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn man auch die Groß-Kapelle in Bad-Krausheim mit besseren Konzerten gästieren ließe. Die gewöhnliche Tagesmusik dort lasse sehr zu wünschen übrig. Die einheimischen Bewohner von Bad-Krausheim würden gegenüber den Kurklienten nicht in der würdevollen Weise berücksichtigt.

Abg. Joub bezeichnet es als den hauptsächlichsten Fehler, daß in der Bad-Krausheimer Kurkapelle zu viele junge Künstler beschäftigt würden.

Abg. Hirsch (Fr. Sp.) erörtert die Verhältnisse des Kurtheaters, das sehr gut sei, aber mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe.

Bei Kap. 10, Staatsbahnen, nimmt Abg. Kottell-Jungheim (Fr. Sp.) das Wort und bringt verschiedene Wünsche für die Verbesserung der Rheinischen Bahnhöfe, auch in betreff der elektrischen Bahnen vor, wobei auch Kreuznach berücksichtigt werden sollte, etwa durch den Ausbau der Strecke St. Johann-Bad-Krausheim. Auch die Interessen der Stadt Hungen sollten gewahrt werden durch eine Linie nach dem Dorfe der Provinz Rheinhausen, s. V. zwischen Birstadt und Dornheim. Eine ungenügende Verbindung sei auf der Selztalbahn vorhanden. Der Redner kommt sodann auf den Fall Heinrich zu sprechen und fragt, wie die Regierung über die dabei vorgeschlagene Verlegung des Koalitionsrechts verlaufe. Als der Redner dann auf den „Fall Heinrich“ näher eingehen will, erlucht ihn der Präsident, sich kurz zu fassen, da ja diese Angelegenheit noch den Gegenstand einer besonderen Interpellation bilde. Der Redner folgt diesem Wunsch und legt nur noch kurz dar, daß die Eisenbahndirektion in der Behandlung des „Heinrich“ eine falsche Auffassung vom Koalitionsrecht bewiesen habe.

Abg. Adelsberg (Soz.) betont, daß er bei der Beantwortung der Interpellation sich ausschließlich mit der Sache beschäftigen wolle. Der Redner bringt dann verschiedene Eisenbahnwünsche vor und geht abseits auf das Verhältnis der organisierten Bahnarbeiter näher ein. Der Berlin-Triester Eisenbahnverband sei unzulässig; wenn der Arbeiterverband auf das Streikrecht verzichte, so komme ihm das vor wie ein Löwe, dem man die Zähne und Klauen genommen hätte. (Heiterkeit.) Der Redner befragt darauf noch das Bahnprojekt einer Rodauebahn, Dietzenbach-Offenbach und von dort Weiterführung über Kiesel nach Dornheim.

Abg. Best (natl.) befragt die unhaltbaren Zustände auf dem Bahnhof Löhren. Hier müsse dringend Hilfe geschaffen werden und zugleich müsse die Regierung eine gründliche Untersuchung über die Ursache des jüngsten Automobilunfalls beim Osthöfener Bahnübergang einleiten.

Abg. Dr. Wänter (natl.) führt aus, die Verkehrsverhältnisse im Odenwald bedürften dringend der Verbesserung. Die Hauptstraße müsse eine Bahnverbindung zwischen dem Westen und Osten des Odenwaldes sein. Die alte Verbindungsstraße sei ja recht romantisch, sie müsse aber durch das Automobil ersetzt werden. Die wirtschaftliche Lage könne nur durch bessere Verkehrsverhältnisse gehoben werden; es würde dadurch auch der Abwanderung vom Lande in die Stadt entgegengetreten. Wegen dieser sei die Schaffung neuer Abfahrtsmöglichkeiten das beste Heilmittel, und durch die projektierten Bahnbauten Bensheim-Lindelsfeld und Lindelsfeld-Reichelsheim-Hüth würde auch eine reiche Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

Abg. Sinner (Sentr.) bringt verschiedene Wünsche vor.

Abg. Weger (natl.) weist auf die Bedeutung der vom Abg. Wänter dargelegten besseren Bahnverbindung im Odenwald. Die Durchführung der Odenwälder Bahnprojekte müsse nach einem bestimmten Generalplan geschehen. Man dürfe sich nicht darauf beschränken, nur die künftigen Strecken auszubauen, sondern man sollte im Interesse des gesamten Odenwaldverkehrs auch die weniger rentablen Strecken zur Ausführung bringen. Finanzminister Dr. Braun: Es sind jetzt schon Einzelwünsche in genügender Zahl auf uns herabgecrasht und doch höre ich vom Präsidenten, daß zum Eisenbahnbau noch weitere zehn Jahre auf der Liste stehen. Ich habe schon früher die Herren erlucht, mir doch ihre Wünsche vorher bekannt zu geben oder wenigstens durch Stichworte mitteilen zu lassen. Das Gewicht ihrer Wünsche könnte nur gewinnen, wenn die Regierung in der Lage wäre, sich rechtzeitig darüber zu informieren: Sie würden dann

nicht in die Lage versetzt sein, hier nur Monologe zu halten. Ich bitte es nicht als eine Unachtsamkeit den Wünschen des Hauses gegenüber zu betrachten, wenn ich jetzt nicht näher darauf eingehen kann. Ich werde auch nach Erledigung des Voranschlags gern bereit sein, über den Fall Heinrich dem Hause jederzeit Antwort zu erteilen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen steht zwar jedem deutschen Staatsbürger das Recht zu Vereinigungen zu, soweit deren Zweck nicht dem Strafgesetzbuch entgegensteht. Davon werden aber Sonderbestimmungen, die sich auf Stand oder Beruf beziehen, nicht berührt. Den Eisenbahnangehörigen ist es verboten, an ordnungsgemäßen Vereinen teilzunehmen, und als solche gelten diejenigen Vereine, welche die gemeinsame Arbeitseinstellung als ein zutreffendes Kampfmittel betrachten. Auch bei den Eisenbahnarbeitern ist das Koalitionsrecht in weitem Maße gewährleistet. (Chorale der Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnarbeiter hätten auch von diesem Rechte kein den weitestgehenden Gebrauch gemacht. Die Eisenbahndirektion prüfe stets sehr genau die ihr zur Kenntnis gebrachten Wünsche, soweit sie sich um allgemeine Fragen der Angehörigen drehten. Durch den Fall Heinrich werde das Koalitionsrecht in seiner Weise berührt. Die von der Bahnverwaltung angeordnete Entlassung des Bahnarbeiters sei eine Maßnahme im Interesse des Dienstes; sie richte sich gegen die ganze Art des Auftretens des Heinrich. Er habe fortgesetzt die beständigen Behauptungen gegen die Behörde erhoben, trotzdem er wiederholt verworfen worden und der Verwaltung den Vorwurf der Unmöglichkeit und der Parteilichkeit gemacht, wobei er Worte wie Niederföhrung usw. gebraucht, wofür er aber jeden Wahrheitsbeweis schuldig blieb. Heinrich habe in offener Auflehnung und in der Absicht gehandelt, es bis zum äußersten zu treiben. Als der Minister darauf weitere Stellen aus den Reichsbahnangelegenheiten anführt, wie „die Beamten lassen sich schmeicheln“ u. a., rufen die Sozialdemokraten wieder: „Sehr richtig! Jawohl richtig!“ Darauf erhebt der Minister energischen Protest gegen diese Zwischenrufe. Es sei das ein Verhalten, für welches ihm der richtige parlamentarische Ausdruck fehle. (Aufstimmung.) Nach all diesen Vorgängen habe die Eisenbahndirektion Mainz dem Heinrich im Interesse der Disziplin das Dienstverhältnis gekündigt und war unter Auszahlung des ganzen Lohnes für die Kündigungszeit. Der Minister geht darauf auf mehrere Wünsche der Redner näher ein. Der vom Abg. Best erwähnte Bahnübergang zu Osthöfen sei bisher daran gescheitert, daß die Gemeinde den dort liegenden Straßenübergang in den Bahnanlagen einbringen wollte, was gegen die Eisenbahngesetze Widerstand erhebe und den neuen Plan nicht genehmigte. Es sei aber jetzt ein neues Projekt nach Worms hin geplant. Weiter erörtert der Minister die projektierten Autolines auf Grund des Automobilgesetzes, deren Verwirklichung voraussichtlich bald erfolgen werde. Bezüglich der Odenwaldlinie hofft der Minister, daß nach Errichtung der Bahnlinie Bensheim-Lindelsfeld und Lindelsfeld-Reichelsheim zur Ausführung gebracht werden würden. Die Regierung werde alles tun, um die Verkehrsinteressen des Odenwaldes nach Möglichkeit zu fördern und auch in den übrigen Landes- teilen den Verkehr zu heben.

Abg. Dr. Borchert (Fr. Sp.) bringt eine bessere Zuverbindung für die Arbeiter von Lampertheim zur Sprache.

Abg. Boli-Staden (Libd.) fordert sich für die Einführung des elektrischen Bahnbetriebes aus. Er erörtert sodann die Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter und meint, daß ein Arbeiterbetrieb, wie es jeder Staatsbahnbetrieb sein müsse, auch seine Arbeiter angemessen behandeln und gerecht entlohnen müsse; der Lohn sollte immer im richtigen Verhältnis zu den industriellen örtlichen Löhnen und denen der Landwirtschaft stehen. Der Redner bringt dann noch verschiedene Einzelwünsche vor.

Abg. Hirsch (Fr. Sp.) bringt vier lokale Bahnwünsche zur Sprache. Er erlucht die Regierung, den Wunsch der Bürgerstadt von Gießen zu unterstützen, daß die Partesäße für die Kreis- eingänge bekommen; und daß endlich ein Nordbahnhof errichtet werde. Die Regierung möge auf die Kreisverwaltung einwirken, daß sie den Bau der elektrischen Bahn nach Diele durch übertriebene Anforderungen nicht unmöglich mache — eine Abwälzung von Kreisangelegenheiten auf die Stadt sei bei einer solchen Sache ganz unangebracht. Ferner bringt er die Befürchtungen zur Sprache, daß ein Teil des Rangierbetriebes nach Wehlar verlegt und Gießen durch die Verlegung vieler Beamten und Arbeiterfamilien geschädigt werde. Zur Frage der Revision des Gemeindefachvertrags erlucht der Redner, sie müsse auch den Einfluss des Reichs auf die innere Verwaltung stärken, wenigstens in den Direktionsbezirken Frankfurt und Mainz. Hessische Beamten dürften nicht wider ihren Willen in weit entlegene preussische Provinzen versetzt werden, bei der Übernahme von Arbeitern in das Beamtenverhältnis müßten die Hessen bei sonst gleichen Verhältnissen den Vorrang haben. Bei den Vögeln hebt er lobend das Vordiensthaltersystem hervor, bei dem die Löhne mit zunehmendem Alter steigen. Als Schattenworte betrachtet er das System der Funktionszulagen, Remunerationen und Unterzählungen, die ein Mittel seien, um die Arbeiter immer etwas an der Stange zu halten, und die viel Unzufriedenheit hervorriefen. Er verwirft das Afford- ssystem, besonders in Verbindung mit dem Vörmehrsystem und fordert allgemein das Zeittariffsystem. Er befragt ausführlich die Beschwerden verschiedener Arbeitergruppen: s. V. der Wagen- und Maschinenpuffer, der Güterbodenarbeiter, Werkstättenarbeiter und Betriebsbahnarbeiter. Das auf Wunsch der Arbeiter eingeführte Stütz- zeittariffsystem bezeichnet er als einen Fortschritt, nur müßten die Rührkräfte, die sich herausgestellt haben, zugunsten der Arbeiter befreit werden. Die Stützzeit müsse gemeinschaftlich mit den Ausschüssen festgelegt werden. Die im Januar erschienenen neuen

Lohntabellen haben große Enttäuschung hervorgerufen. Bei einer Gruppe ist s. V. der Gesamttagelohn um 10 Pfg. herabgesetzt und der Höchstlohn wird erst nach 12 statt nach 10 Jahren erreicht. Trotz einer Uebergangsbestimmung verlieren auch die früher angenommenen Arbeiter 72 Pfg. im Jahr. Es gibt zu viel Lohn- gruppen, und die Lohndifferenz zwischen zwei aufeinanderfolgenden ist zu groß. Bei der Festlegung der Lohnstufen sind die hessischen Orte vielfach benachteiligt, s. V. Gießen gegenüber Hanau, das doch in derselben Stufenklasse für die Beamten ist, Friedberg gegenüber Heßdorf und Siegburg. Naheum gegenüber Homburg und Ems. Das sei ein klarer Beweis dafür, daß der Einfluss Hessens auf die innere Verwaltung gestärkt werden müsse. Zum Schluss kommt der Redner auf die Schaffung eines Arbeitsrechts zu sprechen und fordert die Regierung auf, den „acht preussischen Leuten“ gegenüber das treibende Element zu spielen. Er zählt die einzelnen Punkte auf, die dieses Arbeitsrecht regeln müsse, damit die Arbeiter nicht mehr ausschließlich auf das Wohlwollen der Verwaltung angewiesen seien. Man dürfe Hundert- tausende von Männern nicht, wenn auch in väterlich-fürsorgender Absicht, wie Kinder behandeln, man müsse ihre Rechte und Pflichten auf eine klare und rechtliche Grundlage stellen. Das sei das Arbeitsrecht.

Abg. Kach (Soz.) geht dann ebenfalls noch auf zahlreiche lokale Wünsche und auf die Erörterung der Lohnfrage für die Eisenbahnarbeiter näher ein. Das Haus hat sich inzwischen bis auf zehn Abgeordnete geleert. Um 1 1/2 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, vormittag 10 Uhr.

Landwirtschaft.

Zur Strigerung der Vieh- und Weidenstränge.

Sehr häufig wird von Landwirten in landwirtschaftlichen Versammlungen die Frage aufgeworfen, worin die Ursache zu suchen sei, daß die Thomasmehl- und Kainitdüngung in den letzten Jahren nicht mehr die Erfolge auf Vieh und Weiden zeitige, als es früher wohl der Fall war. Die Erklärung hierfür ist un schwer zu geben. Der für die Entwicklung unserer Säu- gertiere so wichtige Stickstoff fehlt, er geriet durch jahrelang- jährigen angedehnten Kali- und Phosphorabfuhr (in Form von Kainit und Thomasmehl) ins Minimum.

Als vor Jahren die Thomasmehl- und Kainitdüngung auf- kam und sie so glänzende Ertragssteigerungen verurteilte, hatten die fleischartigen Gewächse, die in bekanntlich die Fähigkeit be- sitzen, den Stickstoff der Luft zu binden und ihn so den Säugetieren nutz- bar zu machen, den Boden mit großen Mengen von Stickstoff be- reichert. Durch die Zugabe von Thomasmehl (das bekanntlich als Nährstoff Phosphorsäure und Kali enthält) und Kainit (Nährstoff Kali) wurde das Nährstoffbedürfnis der Säugetiere gedeckt und ein außerordentlich lebhaftes Wachstum der Gräser war die Folge. Nun aber düngte man jahrelang einseitig mit Thomasmehl und Kainit und entzog dadurch dem Boden immer mehr den Stickstoff, der heute auf unsem Vieh und Weiden unbedingt im Minimum ist. Welches Bild zeigte sich? In den letzten Jahren traten in besonders starkem Maße die fleischartigen Gewächse auf unsem Vieh und Weiden her- vor, denn diese begnügen sich mit Thomasmehl und Kainit, weil sie sich den Stickstoff selbst aneignen vermögen. Die wertvollen Säugetiere, vor allen Dingen Untergräser, wurden durch die Al- kalien verdrängt. Der Aler aber stirbt nach einer gewissen Zeit ab, er hat die Säugetiere verdrängt und geschädigt, sowie fäulnisvoller Vieleselbst sind die Folgen dieser einseitigen Düngung.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dort, wo alljährlich mit Thomasmehl und Kainit einseitig gedüngt wurde, große Mengen von Phosphorsäure und Kali im Boden unbenutzt lie- gen, die erst zur Verwertung und Ausnutzung gelangen können, wenn der Stickstoff als 4. Nährstoff gegeben wird. Ein Versuch wird die Mischdüngung dieser Ausfahrungen bestätigen.

Es ist deshalb eine Stickstoffgabe in Form von Schmelz- ammoniak jetzt zu verabreichen und zwar dürfen in den mei- sten Fällen 30—40 Pfd. auf den Morgen genügen. Das Schmelz- ammoniak eignet sich wegen seiner geringen Beseitlichkeit, anbal- trübend Wirkung und völligen Gültigkeit ganz besonders zur Dün- gung der Vieh- und Weiden. Ein wesentlicher Vorteil der An- wendung dieses Stickstoffdüngemittels ist noch der, daß der Gehalt an Aler und Eiweiß und somit der Nährwert erhöht wird, und bei Weiden infolge eines fröhlicheren, kräftigeren Antriebs des Gräserwachstums eine bedeutend zeitigere Grasnutzung möglich ist.

Universitäts-Nachrichten.

— Berufungen an die Universität Frankfurt. Der ordentliche Professor für römische und deutsches bürgerliches Recht, Dr. Josef Bartsch, in Freiburg, hat vom preussischen Kultusministerium einen Ruf an die Uni- versität Frankfurt a. M. erhalten. — Der Vertreter der klassischen Philologie an der Wiener Universität, o. Pro- fessor Dr. phil. Hans von Arnim ist ebenfalls an die Uni- versität Frankfurt a. M. berufen worden.

— Professor Dr. Hendrik Enno Boeke in Halle a. S. hat den Ruf an die Universität Tübingen abgelehnt. Er sollte dort das neu gegründete, staatliche Extraordi- nariat der Mineralogie und Kristallographie übernehmen.

— Geh. Hofrat Prof. Dr. Richard Reichenstein, Ord- narius der klassischen Philologie in Freiburg i. Br., hat den Ruf an die Universität Göttingen als Nachfolger des verstorbenen Geh. Rats Prof. Leo angenommen.

Nehmen Sie Biomalz,

wenn Sie Ihre Gesundheit und ein gutes, blühendes Aussehen erhalten wollen. Denn Biomalz erfrischt und kräftigt den Körper ungemein. Schlaffe, welke Züge verschwinden,

die Gesichtsfarbe wird frischer

und rosiger, der Teint reiner. Bei mageren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Hebung des Appetits, des Gewichts und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß überflüssiger und lästiger Fettsatz die Schönheit der Formen beeinträchtigt.

Biomalz ist allen durch Überarbeitung, Krankheit, Nervosität heruntergekommenen Personen zu empfehlen. Von Professoren und Aerzten glänzend begutachtet und im ständigen Gebrauch vieler Königl. Kliniken. Vor Nachahmung wird gewarnt.

Es 1 M. und 120 M. Eine Köstliche, wohl- geschmeckte, süße und wohlschmeckende Biomalz auf Wunsch an alle Interessenten mäßig kostenlos durch die Chem. Fabrik Gebr. Wattermann, Tellem-Berlin 100.



20

